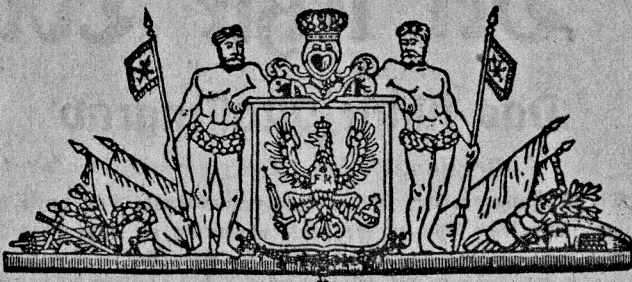


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Karl-Wolfgang Philipp, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die neuen Notverordnungen

Reichshaushalt, Steuern, Arbeitslosen-Versicherung

Der Reichsanzeiger wird am Beginn der nächsten Woche in einer Ausgabe mehrere Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 veröffentlichen: zunächst die Verordnung über den Reichshaushalt für das Jahr 1930, sodann die Verordnungen über die Steuern, deren Ertrag das Defizit des Etats decken soll, und schließlich die Verordnung über die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung. Im Reichskabinett ist die Beratung der Steuerverordnungen gestern im Wesentlichen abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten soll heute erfolgen.

Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages ist die Frage gestellt worden, ob die Regierung ohne Verletzung der Verfassung die Notverordnungen wiederholen könne, deren Aufhebung der Reichstag am 18. Juli beschlossen hat. In juristischen Gutachten ist die Frage bejaht worden. Trotzdem schien ein solches Verfahren bedenklich. Andererseits war es ein schwieriges Unterfangen, neue ertragreiche Steuerquellen aufzuspüren. Wenn wir zutreffend unterrichtet sind, wird sich die Reichsregierung dadurch aus der Verlegenheit helfen, daß sie zwar der Art nach die gleichen Steuern auf dem Verordnungswege dekretiert, die sie vom gesetzgebenden Parlament verlangt hat. Sie glaubt dafür eine Vollmacht erhalten zu haben in dem bekannten Beschluß des Reichstages, der bei der zweiten Lesung der Deckungsvorlagen durch die Stimmhaltung der Sozialdemokratie zustande gekommen ist und der grundsätzlich die Reichshilfe und die Zuschläge zur Einkommensteuer billigte. In den Verordnungen wird daher voraussichtlich die Reichshilfe ebenso wiederkehren wie der Zuschlag zur Einkommensteuer. Auch die Ledigensteuer wird ihre Auferhebung feiern. Aber die Steuerfätze werden wohl eine Veränderung erfahren, und zwar sicherlich keine Erhöhung. Denn wir sind mitten in einer Wahlbewegung und die Regierung hat den begreiflichen Wunsch, den Wählern, wenn sie ihnen eine neue Steuerlast aufbürden muß, nicht ohne zwingende Not wehe zu tun.

Die Milderung der Steuerfätze wird ermöglicht durch größere Abstriche im Etat, der auf der Ausgabeenseite nicht übereinstimmen wird mit dem Entwurf, wie er vom Reichstage in zweiter Lesung gutgeheißen wurde. Es ist in Erinnerung, daß Moldenhauer, als er Reichsfinanzminister war, den Etat nur um 25 Millionen zu erleichtern vermochte. Als Dietrich das Regiment im Reichsfinanzministerium übernahm, verpflichtete sich das Kabinett zu der Einsparung von rund 100 Millionen Mark. Als die demokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zu den ungarbearbeiteten Deckungsvorlagen gab, knüpfte sie daran die Bedingung, daß die Ausgaben um 150 Millionen gekürzt werden. Der Steuerträger wird aus den kommenden Notverordnungen vielleicht mit Überraschung erfahren,

daß die Ausgaben um weit mehr als 150 Millionen gesenkt worden sind. Es fragt sich nur, ob diese weitere Verringerung der Ausgaben lediglich erreicht worden ist dadurch, daß das Osthilfe-Programm verschoben werden muß, oder ob darüber hinaus wirkliche Ersparnisse gemacht worden sind.

Auf jeden Fall wird das Defizit in dem dekretierten Etat geringer sein als in dem Entwurf, der dem Reichstage vorgelegen hat. Unverändert bleiben wird die Erhöhung des Beitrages zur

Berlin unter Wasser

Der Himmel hat gestern über Berlin eine Wasserflut ausgeschüttet, wie sie die Reichshauptstadt seit langer Zeit nicht erlebt hat. Selbst der Regenfall, der in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend der vergangenen Woche niedergegangen ist, läßt sich mit der gestrigen Sintflut nicht vergleichen. Das Observatorium der Berliner Wetterwarte maß in den späten Abendstunden 65 Millimeter Regenhöhe. Das sind 57 Milliarden 200 Millionen Liter Wasser! Annähernd so viel Feuchtigkeit hat Berlin nur in den Jahren 1860 und 1902 zu schlucken bekommen.

Die Folgen des Wolkenbruchs für die Stadt, namentlich aber für ihre Außenbezirke, waren katastrophal. Straßen standen zentimeterhoch unter Wasser, Keller wurden überschwemmt, Häuser beschädigt. Und mitten in diesem Chaos der Riesenverkehr der Großstadt, der sich durch Regen- und Schlammbäche hindurcharbeiten mußte!

Das klarste Bild von der Verheerung, die der Regen anrichtete, gibt der Feuerwehrbericht, aus dem man entnimmt, daß die Wehr bis 10 Uhr abends über 150mal ausrücken mußte, um Hilfe zu leisten. Hier waren unterspülte Mauern zu stützen, dort unterirdische Gebäudeteile auszupumpen, geplagte Wasserrohre zu dichten — und das alles mit der gleichen Eile und Beharrlichkeit, mit der die Wasserfluten herniederströmten.

Der Bundesgenosse des Regens im Ansturm auf Berlin war der Wind. Bäume wurden enturzelt, Erzhandelaber und Elektrizitätsmasten, Schornsteine und Stuckfassaden der Häuser über die Straßen geworfen. Am schlimmsten hauste das Unwetter in den Laubentkolonien. Verödet, unbewohnt und an Pfahlbauten erinnernd ragen heute Sander der kleinen Holzhäuschen aus der Flut empor — von manchen hat der Sturm nur noch Bretter und aufgeweichte Pappdächer übrig gelassen. Der Auszug der Laubentkolonisten glück einer Flucht.

Um 7 Uhr abends staute sich der Verkehr an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche so stark, daß kein Schupo und keine Verkehrs-

Arbeitslosen-Versicherung. Besonders gespannt darf man darauf sein, ob auch die Kopfsteuer verordnet werden wird und, wenn es geschieht, ob die gleichen Bestimmungen beibehalten werden, die nur unter dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei in die vom Reichstag aufgehobene Verordnung aufgenommen wurden.

Es ist angekündigt worden, daß die Ausgestaltung der Steuer-notverordnungen den Weg zeigen werde, den das Kabinett Drünning zu verfolgen gedenke. Wenn ihr Inhalt dem entspricht, was bisher verlautet, so würde das bedeuten, daß die Reichsregierung sich auch weiterhin nur auf die Parteien stützen will, die am 18. Juli gegen die Aufhebung der ersten Notverordnungen gestimmt haben. Ob das aber eine formelle Festlegung gegenüber dem nächsten, noch ungeborenen Reichstag sein soll, das wird der Reichszähler authentisch zu erklären haben.

ampel mehr Ordnung in das wüste Lohwabohru der Autos, Autobusse, Straßenbahnen, Fahrräder und Fußgänger bringen konnte.

Der Umfang des Schadens, den das Unwetter gestern in Berlin angerichtet hat, wird sich erst heute übersehen lassen — falls die Wolken sich lichten.

Vorläufig keine Besserung

Der anhaltende Wolkenbruch, von dem wir zur Zeit heimgejagt werden, erstreckt sich in einer ununterbrochenen Front von der Grenzmark im Osten durch Brandenburg bis zur mittleren Elbe und bis in den westlichen Teil der Provinz Sachsen hinein. Begleitet werden die anhaltenden Niederschläge von aufregend heftigen Winden, und überall macht sich ein rapider Temperatursturz bemerkbar. Innerhalb der Regenzone steigt die Quecksilberfäule des Thermometers in den Mittagstunden bis auf höchstens 16 Grad; meistens, wie auch bei uns, werden nur 13 Grad über Null gemessen.

Im übrigen Reich sind die Wetterverhältnisse nicht ganz so schlimm. In den Gebieten bis Hannover und an die Ostsee fällt der Regen spärlicher, allerdings ist es auch in diesen Gegenden überall kühl. Bedeutend besseres Wetter herrscht im Westen, Südwesten und Nordosten Deutschlands.

Hier wurden um die Mittagstunde noch 19 bis 20 Grad Wärme gemessen und von Niederschlägen werden diese Gebiete zur Zeit fast völlig verschont. Dafür herrschen auch dort wie überhaupt in allen Teilen des Reiches Stürme, die vielfach Schäden angerichtet haben. An der westlichen Ostsee wird Windstärke 7 beobachtet, ebenso im Alpenvorland.

Eine allgemeine Besserung der Witterung ist in der nächsten Zeit kaum zu erwarten. Der Wettercharakter ist ebenso anormal wie stabil, und das einzige, worauf wir hoffen dürfen, ist ein zeitweiliges Nachlassen des Regens. e. ber.

4 1/2 v. H. Mieterhöhung

Die Auswirkung der Berliner Zwangssteuern

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat jetzt also mit Zustimmung des preussischen Innenministers, des preussischen Finanzministers, des preussischen Handelsministers und des Reichsfinanzministers die zur Deckung des Berliner Etats nötigen Steuern zwangsweise festgesetzt. Es betragen der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer 275 v. H., der Zuschlag zur Gewerbesteuer 510 v. H., und der Zuschlag zur Lohnsummensteuer 1250 v. H.

Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer bringt leider erheblich höhere Mietzuschläge als ursprünglich errechnet wurde, da die Steuern für das gesamte Etatsjahr, also mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab, erhoben werden müssen. Um die Mieter nicht durch eine Nachzahlung der Steuern für vier Monate einmalig überlastet zu belasten, wird das Steueraufkommen der vier Monate gleichmäßig auf die folgenden acht Monate verteilt. Danach ergibt sich für die Berliner Mieter eine Erhöhung der gesetzlichen Miete um durchschnittlich 4 1/2 v. H.

Die städtischen Steuerzuschläge, die der Oberpräsident als Aufsichtsbehörde zur Deckung des Fehlbetrages im städtischen Haushalt 1930-31 festgesetzt hat, hätte die Stadtverordneten-

versammlung auch billiger haben können. Die Gewerbesteuer ist ja nun zwischen dem ersten und dem zweiten Vorschlag des Berliner Magistrats geblieben, Grundvermögenssteuer und Lohnsummensteuer sind, wie zu erwarten war, höher geworden, als es bei normalem Verlauf der Dinge notwendig gewesen wäre.

Die Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die sich über diese Entwicklung der Dinge im klaren sein mußte und im klaren war — Wirtschaftspartei, Deutsch-nationale, Nationalsozialisten und Kommunisten — hat es so gewollt. Die Etat-Opposition hat es vorgezogen, vom Oberpräsidenten höhere Steuern festsetzen zu lassen, als selbst die Verantwortung für niedrigere Steuerfätze zu tragen.

Es sind nicht nur die erhöhten Steuerfätze, unter denen Berlin jetzt zu leiden hat, viel schlimmer noch ist die Erschütterung des materiellen und moralischen Kredits der Reichshauptstadt, die eine derartige Politik mit sich bringen muß. Man wird es bei der Beratung des neuen Gesetzes Groß-Berlin zu spüren bekommen, wie eine Zwangs-Statifizierung der Reichshauptstadt, die bei andern Städten nicht so außergewöhnlich ist, draußen im Lande gewirkt hat. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß die Stadtverordnetenversammlung allein die Schuld an den

hohen Berliner Steuern trägt. Der für Berlin außerordentlich ungünstige Finanzausgleich und die hohe Belastung der Kommunen mit sozialen Verpflichtungen, die absolut nicht in das ursprüngliche Aufgabengebiet der Gemeinden fallen, hat sehr erheblich zu der schwierigen Finanzlage der Reichshauptstadt beigetragen. Aber trotzdem hätten die Stadtverordneten die Pflicht gehabt, der Stadt nicht nur in den Ausgaben, sondern auch in den Einnahmen die Summen und die Steuerfätze zu bewilligen, die von der Stadt benötigt werden, um ihren Verpflichtungen gegenüber der Bürgerschaft nachzukommen.

Wenn die Berliner Bürger sich bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen daran erinnern und ihre Stimmen nur denjenigen Parteien geben, die bereit sind, notwendige Verantwortungen zu tragen, nur dann wird sich ein derartig beschämendes Beispiel nicht wiederholen, nur dann wird auch dieses deprimierende Schauspiel der Ablehnung des Etats der Reichshauptstadt einen Sinn für die Entwicklung Berlins gehabt haben. S — e.

Schiele und Bazille ausgetreten

Wie die „Landvolk-Nachrichten“ mitteilen, hat Reichsminister Schiele seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

Der württembergische Kultusminister Reichstagsabgeordneter Bazille hat in einem Schreiben an den Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (Württemb. Bürgerpartei) seinen Austritt mitgeteilt.